

Jörg Becker · Susanne Bickel

Datenbanken und Macht

Herausgeber: Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Schriftenreihe „Sozialverträgliche Technikgestaltung“ veröffentlicht Ergebnisse, Erfahrungen und Perspektiven des vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen initiierten Programms „Mensch und Technik – Sozialverträgliche Technikgestaltung“. Dieses Programm ist ein Bestandteil der „Initiative Zukunftstechnologien“ des Landes, die seit 1984 der Förderung, Erforschung und sozialen Gestaltung von Zukunftstechnologien dient. Der technische Wandel im Feld der Mikroelektronik und der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien hat sich weiter beschleunigt. Die ökonomischen, sozialen und politischen Folgen durchdringen alle Teilbereiche der Gesellschaft. Neben positiven Entwicklungen zeichnen sich Gefahren ab, etwa eine wachsende technologische Arbeitslosigkeit und eine sozialunverträgliche Durchdringung der Gesellschaft mit elektronischen Medien und elektronischer Informationsverarbeitung. Aber es bestehen Chancen, die Entwicklung zu steuern. Dazu bedarf es einer breiten öffentlichen Diskussion auf der Grundlage besserer Kenntnisse über die Problemzusammenhänge und Gestaltungsalternativen. Die Interessen aller vom technischen Wandel Betroffenen müssen angemessen berücksichtigt werden, die technische Entwicklung muß dem Sozialstaatspostulat verpflichtet bleiben. Es geht um sozialverträgliche Technikgestaltung.

Die Schriftenreihe „Sozialverträgliche Technikgestaltung“ ist ein Angebot des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Erkenntnisse und Einsichten zur Diskussion zu stellen. Es entspricht der Natur eines Diskussionsforums, daß die Beiträge die Meinung der Autoren wiedergeben. Sie stimmen nicht unbedingt mit der Auffassung des Herausgebers überein.

Jörg Becker · Susanne Bickel

Datenbanken und Macht

Konfliktfelder und Handlungsräume

Westdeutscher Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Becker, Jörg:

Datenbanken und Macht: Konfliktfelder und
Handlungsräume / Jörg Becker; Susanne Bickel

– Opladen: Westdt. Verl., 1992

(Sozialverträgliche Technikgestaltung; Bd. 26)

NE: Bickel, Susanne:

ISBN 978-3-531-12315-8 ISBN 978-3-322-93620-2 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-322-93620-2

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Verlagsgruppe Bertelsmann International.

Alle Rechte vorbehalten

© 1992 Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Hansen Werbeagentur GmbH, Köln

Gedruckt auf säurefreiem Papier

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	1
1. KAPITEL: INFORMATIONSPOLITIK UND INFORMATIONSS- ÖKONOMIE	5
1.1. Krisen der 80er Jahre	7
1.1.1. Weltmarkt	7
1.1.2. Nationalstaat	10
1.1.3. Akkumulationskrisen und die Krise des Wohlfahrtsstaates	13
1.1.4. Ökologie	16
1.1.5. Informationstechnologie	19
1.2. Ökonomie und Information	23
1.2.1. Die Entwicklung der bürgerlichen Wirtschaftstheorie	25
1.2.2. Bürgerliche Wirtschaftstheorie und das Konzept eines Informations- und Dienstleistungssektors	29
1.2.3. Grundlagen und Defizite einer kritischen Position	32
1.2.4. Konstruktive Wendung	34
1.3. Politik und Information	35
1.3.1. Internationalisierung	43
1.3.2. Re-Regulierung	47
1.3.3. Privatisierung und Kommerzialisierung	50
1.3.4. Bilateralismus	54
1.3.5. Sektorale Strategie	55
1.4. Vermachtung und Informatisierung	58

2. KAPITEL: DATENBANKEN UND POLITIK	63
2.1. Der internationale Datenbankmarkt	68
2.2. Datenbanken in der Bundesrepublik Deutschland	83
2.2.1. Der Datenbankmarkt	84
2.2.2. Die Entwicklung der Fachinformationspolitik	88
2.2.3. BMFT-Modellversuch Informationsvermittlung	97
2.3. Datenbanken in Nordrhein-Westfalen	103
2.3.1. Der Datenbankmarkt	104
2.3.2. Zwei Fallbeispiele	106
2.3.2.1. Der Bertelsmann-Konzern	107
2.3.2.2. Der Holtzbrinck-Konzern	134
2.4. Exkurs: Methodenkritik	144
3. KAPITEL: ERGEBNISSE DER EMPIRISCHEN UNTERSUCHUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN	150
3.1. Online-Datenbanken und Konfliktfelder	150
3.1.1. Einleitung	150
3.1.2. Wissen versus Handeln	152
3.1.3. Angebot versus Nachfrage	155
3.1.4. Instrumentelle versus lebensweltliche Wissensformen	158
3.1.5. Öffentlichkeit versus Datenschutz	160
3.1.6. Technologieoptionen	164
3.1.7. Alte versus neue Akteure	167
3.1.8. Bund versus Land	169
3.1.9. National versus international	172
3.1.10. Politik versus Ökonomie	174

3.2. Online-Datenbanken und Handlungsräume	178
3.2.1. Einleitung	178
3.2.2. Wirtschaft und Online-Datenbanken	180
3.2.3. Öffentliche Bibliotheken und Online-Datenbanken	192
3.2.4. Öffentliche Verwaltung und Online-Datenbanken	199
4. KAPITEL: BEFUNDE - DATENBANKEN UND MACHT	205
4.1. Technikzentrierung	205
4.2. Öffentlichkeit	206
4.3. Soziale Organisation	207
4.4. Nutzung	207
4.5. Datenschutz	209
4.6. Integrierte Technologiepolitik	209
4.7. Alltag	210
5. KAPITEL: EMPFEHLUNGEN	211
5.1. Empfehlung: Nutzerorientierung	215
5.2. Empfehlung: Unternehmensgröße	216
5.3. Empfehlung: EG-Binnenmarkt	217
5.4. Empfehlung: Osteuropa	219
5.5. Empfehlung: Japan	221
5.6. Empfehlung: Kulturpolitik	222
5.7. Empfehlung: Bibliotheken	224
5.8. Empfehlung: Technologieoptionen	227
5.9. Empfehlung: Länderkompetenzen	228
5.10. Empfehlung: Kartellrecht	229
5.11. Empfehlung: Datenschutz	230
5.12. Empfehlung: Tendenzschutz	232

VERZEICHNIS DER TABELLEN	233
---------------------------------	------------

VERZEICHNIS DER SCHAUBILDER	234
------------------------------------	------------

LITERATURVERZEICHNIS	235
-----------------------------	------------

1. Zeitungen und Zeitschriften	235
2. Fachliteratur	236

EINLEITUNG

Seit Max Webers Reflexionen über Macht ist davon auszugehen, daß diese sozialwissenschaftliche Kategorie immer ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen mehreren Akteuren meint. Macht liegt dann vor, wenn die strukturell verankerten Handlungsräume einem Akteur die Möglichkeit einräumen, die der anderen Akteure zu verändern oder sie im Zustand des Status quo zu belassen. In einem derartig definierten analytischen Verständnis liegen keinerlei Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Macht und Informationsökonomie vor. Die beiden wohl einzigen einschlägigen Titel "Power and Participation in an Information Society" (Grewlich/Pedersen, 1983) und "Informatie en Macht" (Hamelink, 1984) sind theoretisch unbefriedigend und wenig ergiebig. Weder ist die Dichotomisierung von Macht und Mitbestimmung theoretisch sinnvoll, noch reichen wie bei Cees Hamelink Kategorien wie Konzentration, Hierarchie, Privatisierung und Technokratisierung aus, um Macht als ein gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen.

Max Webers Vorstellungen ergänzend und korrigierend wird Macht in dieser Untersuchung nicht handlungs- sondern strukturtheoretisch begriffen. Daraus folgt, daß diese Kategorie nur als Resultante vorgelagerter Konfliktfelder in Politik, Ökonomie, Sozialbeziehungen und Kultur behandelt werden kann. Parallel zum strukturtheoretischen Ansatz geht diese Untersuchung, wo irgend möglich, von einem historischen Konfliktverständnis aus.

Gegenwärtigen Untersuchungen über das Wechselverhältnis zwischen Gesellschaft und Technologie ist oft ein Charakteristikum gemein, gleichgültig von welcher politischen Perspektive aus sie geschrieben worden sind. Das, wenn auch unfreiwillig, Gemeinsame solcher Arbeiten besteht darin, daß sie nur eine von vielfältigen Technologien zum Ausgangspunkt ihrer analytischen Überlegungen nehmen, um so dann daraus über gesellschaftliche "Folgen" nachzudenken. Solche Ansätze sind technik-deterministisch, und voluntaristisch gelangt die eine Arbeit über ISDN-Planung zum "Big-Brother-is-watching"-Syndrom, während eine andere Arbeit über dasselbe Thema mit der historisch zum erstenmal möglich gewordenen völligen Selbstverwirklichung des Individuums endet.

Im Gegensatz dazu versucht die vorliegende Untersuchung einen völlig anderen Zugang zu den drängenden Problemen einer Technologiepolitik zu entwickeln. Im Vordergrund des Erkenntnisinteresses steht zunächst einmal

die Frage, welche gesamtgesellschaftlichen Strukturen sich in welcher Richtung verändert haben. Erst in einem zweiten Schritt wird darüber nachgedacht, welche Technologien die systemische Antwort auf strukturelle Umbrüche darstellen. Eine von mehreren Systemantworten ist die Technologie der Online-Datenbanken. Im Gegensatz zu einer Vielzahl von Datenbankstudien wird diese Technologie in der vorliegenden Untersuchung jedoch nicht isoliert diskutiert. Vielmehr wird sie im Kontext anderer infrastruktureller Veränderungen einer Informationsökonomie gesehen.

Während die Informatik bei Datenbanken ganz allgemein von einer Sammlung von Dateien spricht, die innerhalb eines Datenverarbeitungssystems von einem Datenverwaltungssystem behandelt werden (vgl. Rückl/Schmoll, 1984), meint der Begriff Datenbanken in dieser Studie etwas Spezifisches. Unter Datenbanken werden im Folgenden elektronische Speichersysteme für Fachinformationen verstanden, insbesondere im wissenschaftlich-technischen Bereich. (Fachkommunikation wird hier im Gegensatz zu Massenkommunikation verstanden.) Kann ein Benutzer über sein Terminal direkt auf eine Datenbank zugreifen, ist von einem Online-Zugriff die Rede. Offline meint dagegen, daß zwischen Nutzer und Datenbank ein indirekter Kommunikationsweg besteht, z.B. vermittelt über Briefverkehr. Organisationen, die die Inhalte von Datenbanken externen Nutzern als Dienstleistung anbieten, werden als Hosts bezeichnet. Hosts können sowohl nur Datenbankbetreiber als auch gleichzeitig Datenbankproduzenten sein. In einer groben Einteilung kann man zwischen zwei Arten von Datenbanken unterscheiden: 1. Referenzdatenbanken, die Hinweise, Nachweise und Bibliographien auf weiterführende Literatur anbieten, und 2. Quelldatenbanken, die primäre Informationen (Statistiken, Fakten oder Volltexte) offerieren. Der Netzzugriff auf Datenbanken erfolgt über die öffentlichen Netze der verschiedenen Postverwaltungen, in der Bundesrepublik in aller Regel über das DATEX-P-Netz.

Was den in diesem Sinne definierten Datenbanken einen sehr spezifischen, qualitativ von anderen Medien zu unterscheidenden Gebrauchsvorteil verleiht, sind folgende Charakteristika: umfassendes Informationsangebot aus allen Wissensgebieten, Aktualität, schnelle und länderübergreifende Verfügbarkeit, selektiver und individuell kombinatorischer Zugriff und die Möglichkeit, die ermittelten Informationen per Datenweiterverarbeitung zu differenzieren. Zwar ist dieser Gebrauchsvorteil z. Z. noch alles andere als realisiert, er ist jedoch von seinen organisatorischen und technologischen Bedingungen her als Potential vorhanden. Und es ist dieses Potential der Datenbanken, das es nicht nur legitim, sondern sogar not-

wendig macht, dieses Medium in den Mittelpunkt einer analytischen Studie über das Wechselverhältnis zwischen Informationsökonomie und gesellschaftlicher Macht zu stellen.

In Übereinstimmung mit einer von Hamelink (1983, S. 110) vorgeschlagenen Einteilung der gesamten Informationsindustrie in zehn Sektoren ist von folgenden Gütern/Dienstleistungen auszugehen: 1. Datenverarbeitung, 2. Telekommunikation, 3. Film, 4. Verlagswesen, 5. Nachrichtenwesen, 6. Schallplatten, 7. Werbung, 8. Unterhaltungselektronik, 9. elektronisches Zubehör und 10. Papierindustrie. Die in der vorliegenden Studie behandelten Datenbanken sind den Sektoren 1 und 2 zuzurechnen. Da die Anwendung von Datenbanken aber gleichzeitig auch in den Sektoren 3 bis 10 anzutreffen ist, wird die herausragende Stellung dieser Technologien ein weiteres Mal deutlich.

Das empirische Ziel dieser Studie bestand nicht darin, eine quantitative repräsentative Erhebung des Online-Datenbankmarktes in Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Vielmehr ging es in den in diesem Bundesland durchgeführten 43 Experteninterviews darum, die vorhandenen gesellschaftlichen Konfliktfelder bei der Diffusion dieser Technologie bewußt und ausfindig zu machen, sie heuristisch zu systematisieren und aus ihrer Analyse schließlich zu Handlungsempfehlungen zu kommen.

Wie mehrfach in der vorliegenden Untersuchung betont, sind vielfältige in- und ausländische Vorläuferstudien über Online-Datenbanken methodisch völlig unbefriedigend. Im Dilemma gefangen, einerseits auf Methodenmängel aufmerksam machen zu müssen, andererseits aber dennoch zu eigenen substantiellen Einschätzungen zu kommen, wurde methodischen Problemen ein eigenständiges Kapitel gewidmet. In einem gesonderten Anlageband zu dieser Studie¹ wurden das eigene methodische Verständnis, der Gesprächsleitfaden für die in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Experteninterviews, die Namenslisten der befragten Experten und die der weiteren Gesprächspartner sowie eine selbstkritische Methodenerörterung festgehalten.

Wörtliche Auszüge aus den in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Interviews erscheinen als Zitat, aber selbstverständlich in anonymisierter Form.

Die Interviews in NRW wurden im Frühjahr und Sommer 1988 durchgeführt. Sowohl die primär- als auch die sekundärempirischen Arbeiten für dieses Buch wurden mit diesem Datum abgeschlossen. Es muß trotzdem

¹ Dieser in limitierter Auflage erstellte Anlagenband kann bei den Autoren bezogen werden.

betont werden, daß die politische und ökonomische Dynamik im Datenbanksektor gegenwärtig derartig turbulent aussieht, daß es in Einzelfällen nicht möglich war, die bis 1988 jeweils neuesten Marktveränderungen in allen Details konkret zu berücksichtigen. Auch zwischen Manuskriptabschluß und Drucklegung hat sich die Situation einiger Akteure im Datenbankmarkt z. T. drastisch verändert. Unsere skeptische Prognose über den verspäteten Einstieg des Bertelsmann-Konzerns in den internationalen Datenbankmarkt (S. 131 f) hat sich inzwischen bestätigt: per 31.1.1992 erfüllt der stark geschrumpfte Bertelsmann-Information-Service nicht mehr die Funktion eines Datenbank-Hosts. Finanzielle Schwierigkeiten sind inzwischen auch bei der Handelsblatt-Gruppe des Holtzbrinck-Konzerns sichtbar geworden: Die für den Fachinformationsmarkt nicht unwichtigen Objekte "HighTech", "Management Wissen", "Copy" oder "A+I" wurden vom Markt genommen. Und schließlich zeigt der Rückzug des Maxwell-Konzerns vom sowjetischen Datenbankmarkt im Sommer 1991, also noch vor dem Zusammenbruch des gesamten Konzerns wenige Monate später, wie sehr sich der internationale Datenbankmarkt noch in einer Formationsphase befindet, deren turbulente Dynamik noch keine abschließenden Aussagen über die gesamte Struktur zuläßt.

Ein besonderer Dank geht an alle befragten Experten und Gesprächspartner, auch an die Projektmitarbeiter Pauline Cumbers und Arthur Fischer, vor allem auch an Ursula Holtgrewe, die in einer sehr kritischen Endphase des Projekts tatkräftig einsprang. Die leider recht späte Drucklegung dieses Buches geht nicht zu Lasten der Autoren.

Solingen und Frankfurt, im Februar 1992

1. KAPITEL: INFORMATIONSPOLITIK UND INFORMATIONSPOLITIK- ÖKONOMIE

Industriegesellschaft, Dienstleistungsgesellschaft, nach-ideologische Gesellschaft, Informationsgesellschaft, Risikogesellschaft und nun gar der Post-Modernismus: eitel und modesüchtig produziert auch die Sozialwissenschaft seit 1945 immer neue "Paradigmen", und die Spanne von einem zum nächsten "Paradigma" wird immer kürzer. Vielfach bleibt bei der Produktionsgeschwindigkeit neuer Denkansätze, Schulen und "Paradigmen" das Denken selbst auf der Strecke. Zu schnell und zu leicht werden gegenwärtig voll entwickelte sozialwissenschaftliche Theorien über Bord geworfen. Eine kritische Sozialwissenschaft kann mit den Denkansätzen, Theorien und Methoden der Makroökonomie (Karl Marx, John Maynard Keynes), der Soziologie (Max Weber, Talcott Parsons, Jürgen Habermas), der Frankfurter Schule (Theodor W. Adorno, Max Horkheimer), der Psychologie (Sigmund Freud, Alexander Mitscherlich) oder der Anthropologie (Bronislaw Malinowski, Margarete Mead) nach wie vor eine Vielzahl gesellschaftlicher Probleme adäquat erklären und hat es in keiner Form nötig, sich hinter neuen "Paradigmen" zu verstecken. Das Problematische gegenwärtiger Politikforschung - hier im US-amerikanischen Sinne von policy making - scheint doch nicht so sehr ihre Adäquanz/Nicht-Adäquanz bei der Analyse realer Phänomene zu sein, vielmehr sind es die Lernblockaden von Gesellschaften, bekanntes Wissen in adäquates politisches Handeln zu übersetzen. Dem routinierten Muster der alltäglichen Verwaltung von politischen und ökonomischen Konflikten scheint allemal ein größeres Beharrungsmoment eigen zu sein, als es die vielfältigen Beschwörungformeln von der "Legitimationskrise im Spätkapitalismus" suggerieren.

Ein Nachdenken über das Wechselverhältnis zwischen Politik und Information zu Ende der 80er Jahre kann seinen Ausgangspunkt, so es das Adjektiv "kritisch" verdient, nicht bei neuen Technologien, ihren jeweils spezifischen technischen Leistungsparametern und daraus abzuleitenden sozialen "Folgen" nehmen, da das ein technokratischer Ansatz wäre. Obwohl dieses methodische Vorgehen auch und gerade inzwischen bei vielen sogenannten kritischen Kommunikations- und Technologieexperten gang und gäbe ist, bleibt ein solcher Ansatz technik-deterministisch. Es sind die strukturellen, gesamtgesellschaftlichen Umbrüche, die veränderte Kräftekonstellationen zwischen den Faktoren Arbeit, Kapital, Natur, Technik und Lebenswelt bedingen, nicht aber etwa die Computerisierung, die ent-

weder zur individuellen Selbstverwirklichung oder zur mentalen Verstümmelung führt. Dementsprechend muß das geforderte Nachdenken bei einer Analyse struktureller Veränderungen ansetzen.

Zunächst einmal ist davon auszugehen, daß sich gesamtgesellschaftlicher Wandel sehr viel langsamer vollzieht, als es die über die private Lebenswelt vermittelte Wahrnehmung von Hektik und Schnelligkeit nahelegt.² Nach wie vor prägen historisch über viele Jahrhunderte gewachsene Politik- und Ökonomiemuster die Gegenwart stärker als in ihr auch auf qualitative Gesellschaftsveränderung angelegte und inhärente Tendenzen. Gerade eine historisch vergleichende Analyse des Wechselverhältnisses zwischen Politik und Information käme eher zu dem Ergebnis "Alles schon einmal dagewesen" (vgl. van der Pot, 1985), als daß sie Argumente für einen "Paradigmenwechsel" etwa in Richtung auf eine "Informationsgesellschaft" liefern würde.

Die ökonomische Erfolgsgeschichte Europas verlief und verläuft entlang der folgenden Konfliktlinien: es ist die Funktion des Staates, angemessene Rahmenbedingungen für das profitorientierte Handeln privatwirtschaftlicher und einheimischer Unternehmen herzustellen; ein massiver Einsatz von in- und ausländischem Kapital bewirkt wechselseitige Nachfrage; sowohl diese Nachfrage als auch wachstumsfördernde Effekte aus dem Außenhandel bewirken eine Dynamisierung des Binnenmarktes. Produktzyklen (F&E, Markteintritt, soziale Diffusion, Marktsättigung) prägen diese Binnenmarktdynamisierung jeweils spezifisch. Eine solche wachstumsorientierte Modernisierungsstrategie kennt erst bei der Frage des zur Verteilung anstehenden volkswirtschaftlichen Zugewinns eine Differenzierung in konservative und sozialdemokratische Politikstrategien. Während konservative Modernisierungspolitiker an einer Erhöhung der volkswirtschaftlichen Spar- und Profitquote interessiert sind, betonen sozialdemokratische Politiker die Verteilungsgerechtigkeit, da sie hierin das notwendige Take-off für eine volkswirtschaftliche Dynamisierung qua Massennachfrage sehen. Ungeachtet aller akademisch-theoretischen Kritik an den hier grob skizzierten ökonomischen Mechanismen wird das dahinter stehende Modell von traditionellen Ökonomen nach wie vor als herrschende Lehre begriffen (z. B. Kieler Institut für Weltwirtschaft oder Sachverständigenrat), ist es nach wie vor Grundlage von Management- und Regierungsentscheidungen. Völlig unberührt von irgendwelchen akademischen Theorien über "Para-

² Paul Virilios (1980) Arbeiten über Geschwindigkeit und Politik sind wissenschaftlich unsinnig, gleichwohl in einzelnen Momenten assoziativ erhellend.

digmenwechsel" ging und geht es bei diesen Modernisierungsstrategien um historische Varianten der kapitalistischen Produktionsweise.

Auf diesem Hintergrund - aber eben auch nur auf ihm - muß der Frage nachgegangen werden, ob es gegenwärtig strukturell neuartige Rahmenbedingungen gibt, die es erlauben, von qualitativ neuartigen Momenten im gesellschaftlichen Wandel zu sprechen, und welche Rolle dabei möglicherweise der Faktor Information in Gestalt neuer technischer Leistungsparameter spielt.³ Hierzu erscheint außerdem eine Diskussion der folgenden Punkte notwendig: 1. Weltmarkt, 2. Rolle des Nationalstaates, 3. ökonomische Phasen der Nachkriegszeit, 4. Krise des Wohlfahrtsstaates und 5. ökologische Krise.

1.1. Krisen der 80er Jahre

1.1.1. Weltmarkt

Was Karl Marx und Friedrich Engels im "Manifest der Kommunistischen Partei" (1848) die Ablösung "der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit" in Richtung auf die Herausbildung eines "allseitigen Verkehrs" nannten, was später im "Kapital" (1867) als "heftigster Kampf (der Kapitalisten) um ihren individuellen Raumanteil" beschrieben wurde, kann nach wie vor als analytischer Ausgangspunkt bei der Betrachtung von Internationalisierungsphänomenen gelten. Ungenügend erkannten Marx und Engels jedoch den bereits zu ihrer Zeit deutlich werdenden Wechsel vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus. Konnte und mußte Karl Marx noch an vielen Stellen im "Kapital" bei der Behandlung des Nachrichtenwesens das Verkehrs- vom Industrieprodukt unterscheiden, weil das erste eben nicht lager- oder stapelfähig sei, so war diese Unterscheidung bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert nicht länger tragfähig. Im Gegensatz zum Konkurrenzkapitalismus war der sich herausbildende Monopolkapitalismus in der Lage, den Markt nicht nur über das Angebot, sondern jetzt auch über die Nachfrage zu steuern. Die versuchte Herrschaft über die Nachfragesteue-

³ Auf die im Anschluß an Nikolai Kondratieff (1935) intensiv geführten empirischen und theoretischen Diskussionen zur Theorie der "Langen Wellen" soll hier nicht eingegangen werden. Der gesamte Ansatz erscheint uns mechanistisch und technik-deterministisch. Zudem erlaubt die zunehmende Multi-Polarität gegenwärtiger politischer und ökonomischer Akteure immer weniger eine eindeutige räumliche oder zeitliche Lokalisierung, um einigermaßen präzise den Anfang einer "Langen Welle" bestimmen zu können.

rung (1863 US-amerikanisches Patent auf die Rotationsmaschine, 1864 Gründung der Werbeagentur J. Walter Thompson Co., 1866 erstes Seekabel zwischen Amerika und Europa, 1876 Telefonpatent an Alexander Graham Bell usw.), also industriell vermittelte Information und Kommunikation, wurde zu einem unverzichtbaren Bestandteil von Produktion und Angebotssteuerung. Die Internationalisierung der von den kapitalistischen Zentren ausgehenden Herrschaft über Angebot und Nachfrage (hier mit vielfältigen Kulturkonflikten in der Dritten Welt verbunden) erreichte ihre weitestgehende Ausdehnung mit Abschluß der Entkolonialisierungsphase Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre. Erst von diesem Zeitpunkt an läßt sich im eigentlichen Sinne von einem einheitlichen Weltmarkt sprechen. Die Vollendung des Weltmarktes zu einem Weltbinnenmarkt war zugleich mit zahlreichen Erschütterungen und Brüchen verbunden, die bis in die Gegenwart anhalten und die das Aussehen dieses Weltmarktes entscheidend verändern.

1. Die Komplettierung des Weltmarktes zu einem Weltbinnenmarkt erlaubt die selektive bewußte Ausblendung der Teilmärkte, die einem politischen oder ökonomischen Akteur keinerlei Vorteil bringen. Galt es im letzten Jahrhundert noch, durch Expeditionen die letzten "weißen Flecken" der Landkarte einer Modernisierung zu erschließen, so gelten heute viele Least Developed Countries (LLDCs), gerade in Schwarzafrika, als nicht entwickelbar. Für einige dieser Länder gibt es keine Kräfte, die an einer Kapitalisierung interessiert sind.
2. Je dynamischer sich der Weltmarkt entwickelt, desto mehr relativiert sich die ökonomische Vorreiterposition der USA. Bei anwachsender ökonomischer Stärke anderer und neuer Akteure weltweit verharrt die Ökonomie der USA auf gleichem Niveau oder sinkt sogar ab - je nach Perspektive. Schufen die USA 1950 noch 34% des Welt-Bruttosozialproduktes, 60% der Welt-Industriegüter und 50% der Welt- Geldreserven, so lagen diese Prozentanteile 1980 nur noch bei 23%, 30% bzw. 6% (Falk, 1983; Davis, 1986). Auch das Verhältnis der beiden Industriegiganten Japan und USA zueinander zeigt den relativen Machtverlust der USA auf. Wurden die USA ab 1914 zum ersten Mal in der Geschichte zum Nettokapitalexporteur, d. h. zur führenden Wirtschaftsmacht, und im Verlauf der nächsten 70 Jahre zur größten Gläubignation der Erde, so hat sich diese Position seit Anfang der 80er Jahre radikal geändert. Die USA wurden zu einem Nettoschuldner, Japan wurde zu einem Nettogläubiger der Weltwirtschaft, d. h. Japan alimentiert gegenwärtig die US-Ökonomie (Menzel, 1987).

-
3. Japans ökonomischer Aufstieg signalisiert einen weiteren Trend bei der Neuorientierung der verschiedenen Weltmarktkräfte. Seit Anfang der 60er Jahre bildet die ost- und südostasiatische Region das eigentliche Wachstumszentrum der Welt. Das reflektiert sich auch in der pazifischen Orientierung der US-Wirtschaft. Seit Mitte der 70er Jahre ist der asiatisch-pazifische Raum zum doppelt so wichtigen Handelspartner der USA geworden wie Westeuropa. Verschiebungen im Kräftradreieck USA-EG-Südostasien zeigen sich inzwischen auch bei den Direktinvestitionen: seit 1980 bleiben die gegenseitigen Direktinvestitionen zwischen den USA und der EG auf gleichem Niveau, während der Anteil an solchen Investitionen im südostasiatisch-pazifischen Raum steil ansteigt (Menzel, 1987).
 4. Bei der Herausbildung einer neuen internationalen Arbeitsteilung zeigen sich im Verhältnis der Industrie- zu den Entwicklungsländern markante Differenzierungen. Seit Anfang der 70er Jahre wächst die auf den Weltmarkt ausgerichtete Produktion der Entwicklungsländer. Das hat folgende Gründe: Neben dem Faktor billiger Arbeitskräfte konnten ab diesem Zeitpunkt einige Entwicklungsländer auch infrastrukturelle Möglichkeiten für die industrielle Fertigung oder Teilfertigung anbieten, die bis dahin nur in Industrieländern zu finden waren (Netz von Kommunikations- und Transportmitteln, einheimisches wissenschaftliches Know-how, z. T. sogar Forward- und Backward-linkages), unterstützt von staatlichen Steuer- und Kreditsubventionen (Aufbau von Offshore-Industrien). Unternehmen der Industrieländer nutzten solche Standortvorteile in einigen Ländern der Dritten Welt zur weltweiten Reorganisation von Beschaffung, Fertigung und Vermarktung ("worldwide sourcing") (Fröbel et al., 1986). Parallel zu diesem Trend läßt sich partiell eine andere Strukturierung in der internationalen Arbeitsteilung ausmachen - zumindest als technisch vermittelte Möglichkeit. Automatisierte Fertigungsprozesse haben in einigen Industriebranchen dazu geführt, daß die Produktion billiger bewerkstelligt werden kann als mit dem Einsatz auch der billigsten Arbeitskräfte in einigen Entwicklungsländern. Dieser Mechanismus läßt eine Rückverlagerung von früher in die Dritte Welt ausgelagerten Industrien in die europäischen oder amerikanischen Zentren zu (Ernst, 1980; Meyer-Stamer, 1986). Die hier genannten Entwicklungen haben zu einer höchst unterschiedlichen Ausdifferenzierung der Länder der Dritten Welt im jeweils sehr flexiblen Kapitalinteresse der Metropolen geführt. Bei prinzipiell gleichartigen Wachstumsstrategien vieler Entwicklungs-

länder in den hier genannten Richtungen konnten allerdings nur sehr wenige unter ihnen (Taiwan, Hongkong, Singapur, Süd-Korea, z. T. Indien, Brasilien und Mexiko, einige Karibik-Staaten) davon profitieren (sieht man von den internen sozialen Kosten solcher auf den Weltmarkt ausgerichteter Strategien ab).

5. Seit dem Start des Sputnik 1957 zeichnet sich schließlich die außerterrestrische Verlängerung des auf die Erde bezogenen Weltmarktes ab. Es bleibt abzuwarten, ob und wann chemische und biologische Produktionen unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit an Bord bemannter oder unbemannter Raumstationen profitabel sein werden. Die technisch vermittelte Veränderung und Vergrößerung des Weltmarktes zeichnet sich aber nicht nur in der Erschließung neuer geographischer Räume ab, auch andere "Räume" eröffnen sich zunehmend einer Kapitalpenetration: die individuelle Psyche (Psychopharmaka), die Natur (Bio-Technologien) oder die menschliche Reproduktion (Manipulierung von Gen-Substanzen).

Zusammenfassend kann festgehalten werden: seit Mitte der 70er Jahre zeichnen sich radikale Veränderungen auf dem Weltmarkt ab. Die kapitalistische Dynamik hat den Wettbewerbsdruck angesichts der Erschütterung der US-amerikanischen Führungsposition bei gleichzeitigem Auftauchen neuer, ökonomisch ausgesprochen potenter Akteure erheblich intensiviert. Unter Ausnutzung z. T. neuer Technologien können die verschiedenen miteinander konkurrierenden Kapitalkräfte höchst flexibel mit den sich verändernden Weltmarktbedingungen umgehen. Die erschütterte Position der USA zieht ein schwierig zu kalkulierendes Moment von Unsicherheit und Unberechenbarkeit im Welthandel nach sich.

1.1.2. Nationalstaat

Das Ende der Entkolonialisierungsphase und die damit verbundene "Geburt" zahlreicher neuer Nationalstaaten in Afrika, Asien, der Karibik und dem Pazifik bildet den bis heute anhaltenden Höhepunkt (UN-Mitglieder 1988: 159 Nationalstaaten; darunter u. a. folgende neue Mitglieder: 1980 Antigua und Barbuda, 1981 Vanuatu, 1983 St. Christopher und Nevis, 1984 Brunei) der klassischen Form der internationalen Beziehungen als einer Staatenwelt, in der die einzelnen Nationalstaaten in Form ihrer Regierungen und Diplomaten als Akteure der internationalen Politik anzusehen sind. Im sich nationalstaatlich organisierenden 19. Jahrhundert "entstanden"

und "ausgereift", durch Georg Friedrich Wilhelm Hegels Staatskonzeptionen mythisch überhöht, ist das gegenwärtige UN-System als wesentlicher Ausdruck internationaler Politik im nationalstaatlichen Rahmen zu begreifen. Rechtsgrundlage des Handelns ist ein internationales Rechtssystem, das sich bereits seit langem von einem Völker- zu einem Staatenrecht gewandelt hat und dessen *Lex generalis* sich in sieben Prinzipien zusammenfassen läßt: Verbot der Androhung von Gewalt, gleiche Rechte und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, souveräne Gleichheit der Staaten, Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, friedliche Beilegung von Konflikten und das Handeln aller Staaten im guten Glauben an die Erfüllung, die sich aus Verträgen ergibt. Nationalstaatliches Handeln "im Sinne eines als Macht verstandenen Interesses" (Morgenthau, 1963, S. 51) beweist in den internationalen Beziehungen gerade dort (noch) seine Funktionsfähigkeit, wo Regimes eines Nicht-Nullsummenspiels im Interesse aller Betroffenen notwendig sind. Das gilt im wesentlichen für die drei folgenden weltweiten Verteilungsvorgänge: Nichtverbreitung von Atomwaffen, grenzüberschreitende und weltweit miteinander verflochtene Energieverteilungssysteme und die internationale Aufteilung von Funkfrequenzen durch die International Telecommunication Union (ITU). Wirtschaftliche Handlungszusammenhänge werden jedoch (immer stärker) aus der internationalen Regelungskompetenz nationalstaatlicher Akteure ausgeklammert. Die im wirtschaftlichen Zusammenhang am deutlichsten sichtbar gewordene Erosion des Nationalstaates als Akteur der internationalen Politik verläuft parallel zu anderen Erosionen internationalen Handelns. Folgende Erosionen sind zu differenzieren:

1. Der Einfluß internationaler Kapitalbewegungen und Devisenmärkte auf Arbeitsmarkt, Industriepolitik, Inflationsrate, Geldwertstabilität oder Außenhandelsbilanzen kann kaum überschätzt werden; nationalstaatliche Einflußnahme auf diese internationalen Handlungszusammenhänge sind im Abnehmen begriffen (Junne, 1976). Die Realisierung des weltweiten elektronischen Geldmarktes hat diese Tendenz zusätzlich verschärft (Moffitt, 1983).
2. Transnationale Konzerne (TNKs) beeinflussen ebenfalls in ansteigendem Ausmaß Arbeits- und Sozialrecht, Preis- und Währungsgestaltung, Arbeitsmarkt, Außenhandel und Zahlungsbilanzen. Das gilt insbesondere seit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75, seit sich also der internationale Wettlauf um ausländische Investoren, an dem sich inzwischen auch Kuba oder die VR China beteiligen, verschärft hat. Die TNKs der Bundesrepublik Deutschland konzentrieren ihre Investitio-

nen gegenwärtig mit 80% auf Industrie- und mit nur 20% auf Entwicklungsländer; neben den USA als wichtigstem Anlageland deutscher Direktinvestitionen gibt es eine Wiederbelebung intra-europäischer Kapitalverflechtungen (Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt 1992), erhebliche Neuinvestitionen in Spanien, Portugal und in steigendem Maße auch in Japan. Standorte in Lateinamerika haben (bis auf Brasilien und Mexiko) ihre Attraktivität verloren; das Schwergewicht der laufenden Investitionsvorhaben bundesdeutscher TNKs liegt im asiatischen Raum (Olle, 1986, S. 48ff.).

3. Nationalstaatliches Handeln wird, ebenfalls in steigendem Maße, durch grenzüberschreitende menschliche Mobilität (Flüchtlinge, Arbeitsemigration, Brain-drain, Tourismus, Geschäftsreisen) unterlaufen. Gegenwärtig wird die weltweite Zahl von Arbeitsemigranten auf 30 Mio. Menschen geschätzt, von denen rund 14 Mio. Menschen aus Entwicklungsländern kommen; in den USA gibt es schätzungsweise 10 Mio. Arbeitsemigranten aus Mittelamerika, im Nahen Osten arbeiten rund 1 Mio. Menschen aus Asien usw. Aus ungleichen ökonomischen Niveaus erklärt sich auch das Phänomen des Brain-drain, also des Abzugs gut ausgebildeter Wissenschaftler von ärmeren in reichere Regionen. Allein zwischen 1962 und 1972 wanderten rund 0,25 Mio. Wissenschaftler aus Entwicklungsländern in die Industrieländer ab. Allein dieser Brain-drain ist für die Entwicklungsländer um ein Mehrfaches teurer als der Gesamtwert der öffentlichen Entwicklungshilfe an sie durch die Industrieländer. Die weltweit zunehmende menschliche Mobilität hat in ihrem quantitativen Ausmaß längst die klassische Völkerwanderung, den Sklavenhandel oder die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches nach 1945 übertroffen. In ihren qualitativen Folgewirkungen auf innerstaatliches und internationales Handeln von Staaten birgt sie "explosiven Sprengstoff" in sich.
4. Nicht zuletzt die internationalen Nachrichten- und Medienbeziehungen - internationale Kommunikation ganz allgemein - sind es, die sich fast völlig staatlichen Handlungszusammenhängen entziehen. Nachdem der Kampf der Dritten Welt um eine Neue Internationale Informationsordnung gescheitert ist (Becker, 1985b), sind gegenwärtig keine gewichtigen Initiativen mehr in Sicht, die die Dritte Welt a) ökonomisch dazu befähigen würde, autochthone Mediensysteme aufzubauen, und b) ihr kulturell eine realistische Chance geben würde, sich vor dem medialen Ansturm ihr fremder Werte und Normen zu schützen.